



**Abg. Seroll (Zentr.):**  
Die Warensteuer muß grundsätzlich umgestaltet werden; es ist auch zu prüfen, ob nicht eine reichsrechtliche Regelung am Platze ist.

**Abg. Schroder-Greif (Reifl.):**  
Wir stehen dem Grundbesitzer des Antrags sympathisch gegenüber. Mein Parteifreund Schifferer hat kürzlich schon ausgesprochen, daß die Entlastung der Warenhäuser uns mit großer Sorge erfüllt. Wir sind also bereit, in der Kommission an dem Antrage mitzuarbeiten. (Beifall h. d. Reifl.).

**Abg. Hirsch (Soz.):**  
Die Steuer nach dem Inhalt ist soviel ein Inding, die einzige gerechte Steuer ist lediglich eine Steuer vom Reinertrag. Die Warenhäusersteuer ist aber eine Umsatzsteuer. Das Ziel, die Verteilung des Einkommens, wird dadurch nicht erreicht. Sie treffen die durch diese Umsatzsteuer die großen Gewinne, welche nicht, die auch nicht anders, sind als Warenhäuser und den Detailhandel schwer schädigen. Wenn Herr Seroll eine reichsrechtliche Regelung der Materie wünscht, so ist uns das recht, in seiner jetzigen Zusammenfassung wird der Reichstag für eine so gerechte Steuer nicht zu haben sein. Wir lehnen den Antrag rundweg ab. (Beifall links).

**Abg. Rarenhoff (Freiw.):**  
Wir stehen dem Antrage sympathisch gegenüber und werden in der Kommission helfen, ihn auszubauen. Doch Herr Schifferer die Warenhäuser vereinfacht, wird dadurch nicht durchgesetzt werden. Der Mittelstand wird durch die Warenhäuser erschwert, und das wollen wir durch die Steuer verhindern.  
Der Antrag geht an die Kommission für Handel und Gewerbe.  
Sonabend, 11 Uhr: Anträge über Jugendverbände, Verbindungsstellen, Erlaß eines Wohnungsgesetzes, Befreiung der Pflanzentulden vom Religionsunterschied und Revision der Beschäftigungsordnung.  
Schluß nach 6 Uhr.

### Mb. Deutscher Reichstag.

17. Sitzung, Freitag, den 1. März.  
Am Tische des Bundesrats: Bernuth, Dr. Delbrück, Capraz.  
Präsident Dr. Baumert eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.  
Auf der Tagesordnung stehen zunächst Rechnungs-fachen.

**Abg. Klose (Soz.):**  
rügt eine Reihe Staatsverschwendungen.

**Abg. Erxberger (Zentr.):**  
stellt im Gegensatz zum Wortlaut des einen gewaltigen Fortschritt auf dem Gebiet der Staatsverschwendungen im Sinne der Reichsstaatsverschwendung.

**Württembergischer Bundesbevollmächtigter, Generalmajor v. Graevenitz:**

Herr Erxberger hat die hohen Kosten der Württembergischen Armee im Jahre 1907 bemängelt. Ich habe selbst an diesen Werten teilgenommen und weiß, daß alle Gesetze, die ich die Kosten herabzusetzen. Aber das Gelände vorüberaus fruchtig beplant worden, dann wurden auch einige Maßnahmen notwendig. Infolge dessen waren die Kosten höher, als erwartet wurde. Im übrigen ist eine Erhöhung dieser Kosten nicht beabsichtigt, im Gegenteil, im nächsten Jahre wird unsere Rechnungen stimmen.

Die Rechnungen gehen an die Rechnungs-Kommission.

Bei einer weiteren Rechnung über das Jahr 1907, die bereits den Rechnungshof passiert hat, montiert Abg. Klose (Soz.) das Verfahren bei den Pensionierungen. Es wurden vielfach Pensionierungen fälschlich zurückgehalten, um den Pensionisten in den Genuss einer höheren Pension zu lassen. Im weiteren fällt die Zahl solcher Fälle zu verzeichnen auf. Das ist eine fälschliche ungerichtete Pensionierung der Steuerzahler. Der Redner erklärt weiter die heute auch schon in der Budget-Kommission verhandelte Angelegenheit, daß hohe Beamte oder Offiziere aus dem Reichsdienst ausscheiden, sich hohe Pensionen zahlen lassen und zugleich für den Reichsdienst als Ersatzmann eingesetzt werden, im Dienst der Reichsindustrie. Es handelt sich um mehr, wenn gleichzeitig ein alter Veteran mit Schichtenorden der Ehrenlohn von 120 Mark verlagert wird, weil er 615 Mark Einkommen hat. Derartige Mißbräuche muß ein Riegel vorgeschoben werden.

**Abg. Erxberger (Zentr.):**  
1912 die Rechnung aus 1907. Wenn der neue Komptabilitätsbericht kommt, wird ein Antrag für die Reduktion der Ausgaben im Gesetz festgelegt werden. Es darf nicht im Belieben der Verwaltung stehen, wann sie ausbleibt. Geradezu unangehörig in diesen ganzen Rechnungen ist die Pensionierung von Pensionisten. Die mit dem Sinn und Wortlaut des Reichsstaatsverschwendungsgesetzes stehen. Man muß erst zustimmen, wie die Verwaltung sich dazu verhalten sollte. Neben, die kein Recht und keinen Anspruch auf Pension haben, fälschlich Pension auszusprechen. Man versteht oft, wenn man den ganzen Mißstand durchschaut mit Pensionisten, die dann den ganzen Tag spekulieren gehen. Wenn man den Hauptmann von 55 Jahren nicht brauchen kann, so muß man ihn pensionieren, das ist selbstverständlich. Wenn aber schon das alte Leute im Volke überhand nicht verlieren, so wird niemand ein Verbot machen, für Dinge, wie in folgenden zwei Fällen, die in dem Bericht des Rechnungshofes und vorgelegt werden. Es handelt sich hier um ganz idiosynkratische Verschwendungen, wie sie niemand für möglich gehalten hätte. Wir haben bei der Beratung des Pensionengesetzes vielfach bemerkt, wenn man später Verteilung verdient, wenn die Verwaltung sich dazu verhält, in fälschlicher Weise Pensionen auszusprechen, die keinen Anspruch darauf haben. Ich erlaube die Rechnungs-Kommission, sich nicht mit dem Protokoll zufrieden zu geben, sondern die nachträgliche Bewilligung zu verweigern; ganz der Herr, der das verweigert hat, daß die ungeschicklichen Pensionen verweigert wurden. (Beifall Zustimmung).

Der Redner gibt eine eingehende Darstellung der beiden Fälle, die auch schon der Abg. Klose kurz erwähnt hat. Der eine betrifft die Preußische, der andere die württembergische Militärverwaltung. Ein preußischer Stabsarzt, der wegen nachgewiesener Dienstfähigkeit seine Stelle nicht verlor, wurde aber aus der militärischen Stellung nicht aus, sondern erst unmittelbar nach Ablauf der schuldigen Dienstzeit in den Ruhestand. Die Militärbehörde selbst hatte das Angelegenheit, aus dem Oberpräsidenten weiterzugehen, mußte also wissen, daß der Mann wegzog, und trotzdem hilft sie mit zur Bewilligung der Pension. (Beifall Zustimmung bei der Erwähnung der Pension.) Ein weiterer Fall betrifft die Verweigerung der Stabsarzt, die früher Pensionen bekommen; welche Erweiterung muß es erst herbeiführen, wenn man hört, daß man in einem Mann dann nach die Pension sein eigenes Recht verweigert. Es handelt sich um fälschliche Pensionen, die er aber doch nicht jeder Arbeiter im Einzelfalle auszusprechen.

Der zweite württembergische Fall ist ganz ähnlich. Ein Oberrentier, der in den Marial kommandiert ist, wird zum Militärminister befördert, nachdem er bereits in Marial Dienst erlangt hat, und er erhält die Pension von 1200 Mark (Zuruf von den Soz.: Das passiert nicht nur in Württemberg!) — Das weiß ich. Der Rechnungshof sieht aus diesen Tatsachen und aus dem Umstand, daß er wegen einer nachgewiesenen Dienstfähigkeit zur Ernennung als Militärminister nicht in Betracht kommen konnte, auf eine unzulässige Mehr-Bewilligung der Pensionen. Der Rechnungshof hat sich eine Entscheidung im Volke drängen, als man die Herren am grünen Tisch in Berlin es ahnen.

**Württembergischer Generalmajor v. Graevenitz:**  
Der Offizier ist vollkommen im Recht zum Militärminister befördert worden, weil er in den Marial kommandiert ist, ein jüngerer hat ihn übertrungen. Er wußte zum Marial kommandiert, hatte eine Dienstfähigkeit erlangt; diese aber war nicht befristet, sondern er war sich aus dem Marial kommandiert hätte, den Befehl zu erwidern; sie war wohl auch so, daß er wohl in der Lage gewesen wäre, nach lange Zeit Dienst im Marial kommandiert zu werden, wenn er sich auch wünschenswerte Schonung aufgetragen hätte. Man würde hätte dieser Offizier selbst gar keine Veranlassung, seinen Befehl zu erwidern, es er sich die Pension eines Oberrentiers verdient. (Lachen im Zentrum.) Andererseits hat die Militärverwaltung ihn nicht zum Aufsteigen zwingen können. Die württembergische Militärverwaltung war vollkommen überzeugt, zu reorganisieren, und es ist nicht notwendig, dass der Rechnungshof Bedenken erhoben hätte, entgegenkommen.

**Preußischer Generalleutnant Baumert:**  
Die Pensionierungen erfolgen nach den gesetzlichen Bestimmungen. Doch Offiziere länger gehalten werden, als ihre Dienstfähigkeit erlaubt, das findet nicht, das möchte ich ausdrücklich konstatieren. (Lachen der Soz.) Der Oberrentier hatte ein flagranter Recht; er ist nicht etwa gehalten worden, bis er zehn Jahre gedient hat, um dann das Rentenrecht zu bekommen, sondern er hatte tatsächlich eine nachgewiesene Dienstfähigkeit. Um Grund dieser hätte er schon vorher auscheiden können, und das hätte er auch bei dem Grundbesitzer mit Pensionen nicht zu tun, die aber Veranlassung hat ja gar keinen Einfluss darauf. Darauf zu warten, wird nicht erforderlich, und wir tun es auch nicht. Für das Aufsteigen ist erforderlich, das Nachweis, die eine gewisse Dienstfähigkeit nicht mehr vorhanden ist. Die Beamten, die in der Verwaltung sind, sind die Kommandanten zu haben; die Beamten, die ins Feld mitziehen, müssen aber die Fähigkeit haben, längere Wärtze und Entbehrungen auszuhalten.

Dieser Offizier hatte ein erhebliches Offizieren, das ihn selbstverständlich machte. Das er gewartet hat, liegt nicht daran, daß er mit der Pension rechnen, sondern die Militärverwaltung hat den Zeitpunkt des Aufstieges selbständig bestimmt. Militärverwaltung gegen den Vorwurf schämen. Ich bemerke, daß fälschlich ein Oberrentier, die wir haben, ins Feld auszurücken, daß niemand auf Haupte verwendet wird; deshalb ist diese Dienstfähigkeit notwendig. Also, ich wiederhole, nach Ansicht der Militärverwaltung lag ein flagranter Recht vor, und die Angelegenheit steht mit der Pensionierung in keiner Weise im Zusammenhang.

**Abg. Erxberger (Zentr.):**  
Glauben Sie, daß Ihre Ausführungen auf einen einen größeren Eindruck machen, als auf den Rechnungshof? Der ist doch gewiß gewohnt, noch größere Brocken herunterzuwälzen, als diese geringen Pensionsummen. Es muß doch etwas mehr da sein. Wir wissen nur, was der Rechnungshof mitteilt und hören, die allen Ansehens zum Mißtrauen. Die Rechnungs-Kommission wird sich ja alle Akten und Materialien vorlegen lassen, dann werden wir sehen, ob der Rechnungshof wirklich ein überreichtes und nicht-begründetes Urteil abgegeben hat. Der Redner erklärt den Fall des Oberrentiers. Wenn man einen Mann, der schwerhörig ist, noch neun Monate lang im Dienste halten?

**Stabssekretär Bernuth:**  
Herr Erxberger hat gerade behauptet, daß die Rechnung schon längst fertig gemacht, aber auf ausständigen Bericht des Vorstehers der Rechnungs-Kommission dieser wegen ihrer Überzeugung einwilligen nicht vorgelegt war. Im übrigen wird durch das neu eingeführte Verfahren ja eine wesentliche Beschleunigung eintreten.

**Preußischer Generalleutnant Baumert:**  
Der Rechnungshof stellt die Pensionierung in Frage, weil er der Ansicht ist, daß es zu weit geht, von einem Militärkatheter unter allen Umständen eine so unangehörige Selbstständigkeit zu fordern. Ich würde mich freuen, wenn die Rechnungs-Kommission nicht alle Militärkatheter ausstünde. Der ist doch der Kardinalpunkt: Ich habe ausgeführt, daß tatsächlich alle Pensionierungen müssen. Die Einzelheiten werden in der Kommission erledigt werden.

**Abg. Graf Polakowski (Wid):**  
Ich will auf diese Fälle nicht weiter eingehen, sie werden ja Gegenstand der Prüfung der Rechnungs-Kommission sein. Aber aus möchte ich doch sagen: Es kommt wiederholt vor, daß Herren, die aus Reichsdienst gehen, nicht mehr die Pension erhalten, weiter zu einem anderen gehen, daß die Pensionen, die aus Reichsdienst ihr Gehalt beziehen, durch diese Verbindungen in der Lage kommen, zu glauben, ihre Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes besser verdienen zu können und ganz außerordentlich gewinnreich Stellung zu einem einnehmen. (Lachen rechts.) Ich habe gar nichts dagegen, wenn jemand glaubt, nicht mehr weiter dienen zu müssen, sondern Vatermann zu werden, oder einer Privatität seine Kräfte zu widmen, daß er aus dem Reichsdienst ausscheidet. Ich halte es aber für vollständig unzulässig, daß ein solcher Mann, wenn er noch dienstfähig ist und namentlich so fähig, daß er andere großartige verdienstliche Aufgaben erfüllt, ein Pension aus Reichsdienst erhalten. (Beifall Zustimmung.) Gerade für eine Pensionierung ist es absolut notwendig, daß die Bedürfnisse durchaus durchsichtig sind, und daß man der öffentlichen Meinung seinen Ansehens zum Mißtrauen gibt. (Beifall Zustimmung.) Eine zweite Frage: Herr Erxberger hat hier eine Reihe von technischen Fragen über die Stellung des Etats erörtert. Es genügt nicht, daß man den Etat aufstellt, auch nicht, daß man in der Rechnungs-Kommission die Aufträge prüft, sondern für ein großes Gemeinwohl, wie das Deutsche Reich, ist es ein Komptabilitätsgesetz notwendig. (Zustimmung.)

Es müssen Grundzüge festgelegt werden, nach welchen der Etat nicht nur aufgestellt, sondern ausgeführt wird. (Zustimmung.) Das ist eine absolute Grundzüge, nicht nur für die Regierung, sondern auch für das Haus. Selbstverständlich muß eine große Verwaltung, wie die Herrschaften, die Marine und andere Verwaltungen bis zu einem gewissen Grade in der Ausführung des Etats freie Hand haben; man würde geradezu die Initiative, die Energie dieser Körperchaft, die geeignete Verwendung günstiger Umstände fähigen, wenn man ein derartiges Komptabilitätsgesetz konstatieren würde, aus diesem Gesichtspunkte in ihrer Tätigkeit lähmen. Aber andererseits müssen für die Verwendung der Staatsmittel gewisse gewisse allgemeine Grundzüge festgelegt werden, und wenn man in Preußen ein Komptabilitätsgesetz festgelegt hat, so muß es auch im Reichstag möglich sein. Ich würde also dringend bitten, daß das Haus bald Gelegenheit hat, mit weiter Diskussion, mit Beschäftigung

oder Maßnahmen ein Komptabilitätsgesetz zu verabschieden. (Beifall rechts.)

### Die Rechnung geht an die Rechnungs-Kommission. Der Etat des Reichsstaats des Innern. (Dritter Tag.)

Inzwischen sind auch einige Initiativentwürfe der Sozialpartei in Entschlossenheit umgewandelt und zum Bestandteil des Reichsstaats geteilt worden. Die eine erlaßt den Reichsstaatsgesetz, eine zweite umfaßt die halbe Verlegung eines Beschäftigung für Sicherung und zum weiteren Ausbau des Sozialrechts. Eine dritte Resolution, die zum Kapitel des Reichsstaats geteilt ist, fordert eine Regelung der Arbeitsverhältnisse des Kraftenpflanzepersonals.

**Abg. Dr. Werner-Gieseler (Wirtsch. Ag.):**  
Die Sozialdemokratie ist der schärfste Feind des Bauern. Wenn er angenehme Preise fordert, so nennt man ihn gleich Sozial- und Reichsstaatsgesetz. Wir müssen die Arbeit des Bauern erleichtern und schützen. Darum kann wie ein unferne Wirtschaftspolitik sein. Der Redner fordert Bauernvereinsammlungen und verweist auf das dauernde Wachsen der Bauernvereinsammlungen in Hessen. Das ist der sicherste Wall gegen die Sozialdemokratie. Wo wenig ist die Überwindung der Obedienz, und das Mooren. Unter Mittelstand leidet unter den schädlichen Folgen der Gemeindefreiheit. Bedauerlich ist, daß überall die Schablone herrscht, daß kein Mittelstand gemacht wird zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft. Das Handwerk braucht Schutz gegen die Schmutzkonkurrenz. Der Redner vertritt die bekannte Forderung des Handwerks und fordert eine Abschaffung der Konkurrenz. Es gibt nicht das eine Beschäftigungsgesetz, sondern es gibt es viele. Der Redner fordert ein Konkurrenzgesetz, das untergräbt die Autorität des Staates (Sicherheit links). Das sollten sich die Beamten merken. Die Pensionisten sind viel gefährlicher als die Marzialisten, die noch an den großen Abbederung glauben. Die gehen nie zur tätigen Arbeit zurück. Bedauerlich ist der ungeheure Einfluß der jüdischen Geldlender. (Lachen links.)

Wir haben ja hier schon eine jüdischenationale Sozialpartei. (Lachen links.) Der unter jüdischen Einfluß stehende Sozialpartei hat die Reichsstaats geteilt. 3000 Juden befehlen unter den Reichsstaats. (Lachen links.) Die Mittel-, Pflanz-, Industrie, die Reichsstaats geteilt hat, ist die öffentliche Meinung. Wir brauchen die öffentliche Meinung. (Zuruf links.) Wir brauchen die öffentliche Meinung der Reichsstaats geteilt hat, ist ein großer Schutz der persönlichen Ehre! (Zuruf h. d. Soz.: Barun!) Wir müssen die Sozialdemokratie überwinden und das Volk wieder zum Licht führen. (Zuruf links.)

**Wirtschaftspräsident Dove:**  
Das Nestor des Reichsstaats des Innern ist ungewohnt umfassen. Trotzdem sind vier schon Dinge erörtert worden, die nicht im geringsten Zusammenhang damit stehen. Ich bitte die Redner aller Parteien sich mehr an die Tagesordnung zu halten.

**Abg. Bruhn (Reformpartei):**  
Die Sozialdemokraten haben mich durch einen Zuruf beleidigt. Ich werde mich nicht mit einem Sozialdemokraten auseinandersetzen. Ich werde mich nicht mit einem Sozialdemokraten auseinandersetzen. Ich werde mich nicht mit einem Sozialdemokraten auseinandersetzen.

**Abg. Dr. Pieper (Zentr.):**  
Die sozialpolitische Gesetzgebung der letzten Jahre hat zur Stärkung unseres Volkes und zum Schutz gegen das Ausland wesentlich beigetragen. Die Seiten, die sie verursacht, müssen noch weiter beachtet werden, weil die Reichsstaats geteilt hat, ist ein wichtiger Faktor geworden. Es bleibt aber immer noch manches zu tun übrig. Was wir für nötig halten, ist in unseren Anträgen niedergelegt. Die Regelung der Konkurrenz auf dem Reichsstaats geteilt hat, ist ein wichtiger Faktor geworden. Es bleibt aber immer noch manches zu tun übrig. Was wir für nötig halten, ist in unseren Anträgen niedergelegt. Die Regelung der Konkurrenz auf dem Reichsstaats geteilt hat, ist ein wichtiger Faktor geworden. Es bleibt aber immer noch manches zu tun übrig. Was wir für nötig halten, ist in unseren Anträgen niedergelegt.

Das Reichsstaats geteilt hat, ist ein wichtiger Faktor geworden. Es bleibt aber immer noch manches zu tun übrig. Was wir für nötig halten, ist in unseren Anträgen niedergelegt. Die Regelung der Konkurrenz auf dem Reichsstaats geteilt hat, ist ein wichtiger Faktor geworden. Es bleibt aber immer noch manches zu tun übrig. Was wir für nötig halten, ist in unseren Anträgen niedergelegt.

Der Redner fordert eine Überleitung über die auf diesem Gebiet erlassenen Verordnungen. Wir sind gegen jede Wiederrück der Sozialdemokraten. Wir haben an den Dänen den Genossenchaften in der Reichsstaats geteilt hat, ist ein wichtiger Faktor geworden. Es bleibt aber immer noch manches zu tun übrig. Was wir für nötig halten, ist in unseren Anträgen niedergelegt.

Der Redner begründete sodann die Forderung einer Preussischen für Tarifverträge. Wir wollen, daß der Staat die Tarifverträge in der Reichsstaats geteilt hat, ist ein wichtiger Faktor geworden. Es bleibt aber immer noch manches zu tun übrig. Was wir für nötig halten, ist in unseren Anträgen niedergelegt.

Das Haus verläßt sich. Es folgen persönliche Bemerkungen der Frau Dr. Biedert (Soz.) und Bruhn (Soz.).  
Weiterberatung Sonnabend 11 Uhr.  
Schluß 6 1/2 Uhr.

Ueber die Lage der Altspensionäre

Verhandelt am Freitag früh im Abgeordnetenhaus die 3 Budgetkommission. Anger den bereits mitgeteilten Anträgen der fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen wurden noch folgende Anträge eingebracht: 1) Antrag Bierck (Hf.): Die Kommission wolle beschließen, die Hf. Staatsregierung zu ersuchen, eine Vergütung, ebenfalls mit Verzicht auf die künftige Staatsregierung zu ersuchen, aus dem 1. April 1912 ab, eine entweder durch besonderes Gesetz oder durch einen entsprechenden Vermerk im Staatshaushaltsplan geregelte Erhöhung der Bezüge der vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand versetzten Beamten und Lehrer, sowie der Beamten und Waisen-Johannis-Beamten und Lehrer nach allgemeinem geltenden Grundregeln unter Berücksichtigung des Gesamteinkommens, jedoch ohne Antrag und ohne Prüfung der besonderen Bedürftigkeit herabzusetzen. Einleitend der Lehrer ist dabei die niedrige Anrechnung der Wohnungsentfaltung vorweg zu berücksichtigen. 2) Antrag Schmieding (Zentr.): Die Kommission wolle beschließen, die künftige Staatsregierung zu ersuchen, aus dem 1. April 1912, 90 v. H. v. d. vorgelegenen Fonds auf Grund bestimmter Merkmale bedürftiger Altspensionäre allgemein eintreten zu lassen. Der letztere Antrag wird allgemein als wenig bedeutungsvoll angesehen. In der Kommission wurde beschlossen, noch keine Beschließung herbeizuführen; man will den Fraktionen Zeit lassen, Stellung zu den neuen Anträgen zu nehmen. Die Verhandlungen wurden darauf bis auf weiteres vertagt. In Abgeordnetenkreisen herrscht die Ansicht, daß das Abgeordnetenhaus dies mal etwas Erprobendes leisten wird.

Kartoffell.

Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich am Freitag mit der Suspension des Kartoffelgesetzes. Das Zentrum behauptete, daß der Bundesrat nicht berechtigt ist, irgend welche Veränderungen am Zolltariff vorzunehmen zu lassen. Staatssekretär Bismarck erklärte sich demgegenüber auf schließliche Gründe, die schon früher dazu geführt hätten, Zollverhältnisse zu ändern. Cobann trat die Kommission in die Beratung eines von den Freijährigen und dem Zentrum eingebrachten Antrages ein, der sich mit den Pensionsverhältnissen derjenigen hohen Beamten beschäftigt, die in hochdotierte Privatstellungen eintreten. Entweder soll die Pension ganz aufgehoben oder doch um ein Erhebliches gesenkt werden, solange der frühere Staats- bzw. Reichsbeamte solche Privatstellungen bekleidet. Die Anträge wurden schließlich zurückgezogen zugunsten einer Resolution des Zentrums, die eine Pönelle zum Beamten- und Offizier-Pensionsgesetz enthält, wonach das Einkommen aus einer im Ruhestand erfolgten Privatstellung unter bestimmten Voraussetzungen auf das Ruhegehalt angerechnet werden kann. Staatssekretär Dr. Deßloch sagte eine Erwägung der Resolution zu.

Die verstärkte Geschäftsordnungs-Kommission

des Reichstages trat unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Abg. Haase am Freitag zusammen, um sich über den Geschäftsplan zu verständigen. Die Berufungsanträge — Zurückweisung des Reichstages usw. — werden zunächst nicht in Beratung gezogen werden. Von konservativer Seite wurde angeregt, überhaupt gleich in eine Revision der gesamten Geschäftsordnung zu treten. Hiergegen wurde von der Linken dringender Widerspruch erhoben; sie verlangte, daß zunächst die brennenden Fragen, die Angelegenheit der Beschäftigung bei Interpellationen u. d. „kleinen Anträgen“, erledigt werden solle. In der Zwischenzeit soll dann das Material für die Revision der ganzen Geschäftsordnung angeammelt und nach Erledigung jener Fragen in Angriff genommen werden. Dieser Beschluß wurde gegen die Stimmen der Konföderation zum Beschluß erhoben. Zum Berichterstatter der verstärkten Geschäftsordnungs-Kommission wurde der Abg. Gröber (Zentr.) bestellt.

Die Regelung der Wochenfeiertage.

Die kürzlich in München abgehaltene Bischofskonferenz, die sich mit der Regelung der Wochenfeiertage beschäftigt, beschloß, sich mit den übrigen deutschen Bischofskonferenzen einverstanden zu setzen, um die Frage der Abänderung resp. Verlegung der Wochenfeiertage in ganz Deutschland möglichst einheitlich durchzuführen. Sicher ist, daß die zweiten Feiertage nach Ostern, Pfingsten und Weihnacht und der Fronleichnamstag bleiben werden.

L. C. Vor einiger Zeit hatten die Gewerkschaft für soziale Reform und mit ihr der Gewerksverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, sowie der Christliche Metallarbeiterverband an den Bundesrat wegen der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen in Holz- und Hammerwerken eine Eingabe gerichtet. Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hatte mit einer Gegeneingabe ebenfalls an den Bundesrat gewandt. In dieser Eingabe war behauptet worden, der Gewerksverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter sei „gänzlich sozialdemokratisch“; er liege vollkommen auf dem Boden des Klassenkampfes und der damit verbundenen Ziele des Unfluges von Staat und Gesellschaft. — Es ist ein starkes Stück, daß in einer Eingabe an den Bundesrat Mittelungen gemacht werden, die so offensichtlich den Tatsachen widersprechen. Der Hauptführer des Gewerksvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, Gustav Hartmann, veröffentlichte denn auch eine Erklärung, in der es heißt: „Jeder, der etwas von der deutschen Arbeiterbewegung versteht, weiß, daß die Deutschen Gewerksvereine (Sich-Dunder) nicht sozialdemokratisch sind, daß sie im Gegenteil von der sozialdemokratischen Partei und den sozialdemokratischen Gewerkschaften die beste Gehalt und bekämpft werden und daß die Deutschen Gewerksvereine eine freiwillig-nationale Arbeiterorganisation sind. Damit ist auch gesagt, daß der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter nicht „sozialdemokratisch“ auf dem Boden des Klassenkampfes und des Unfluges von Staat und Gesellschaft steht. Der Gewerksverein will vielmehr auf dem Boden der Gleichberechtigung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis möglichst durch Vereinbarung, Tarifverträge und dergl. regeln und damit Staat und Gesellschaft nicht schaden, sondern so gestalten, daß sich jeder, der arbeitsfähig und arbeitswillig ist, wohl fühlt.“

Parteinachrichten.

Eine heitere Wahlkapelle bildet die Aufstellung des antiparlamentarischen Kandidaten Radziejewski in Kiewitzin, der allerdings nur eine verschwindende Stimmenzahl auf sich ver-

einle. Der Vertreter der antiparlamentarischen Partei, eines Leutenants und bis vor einigen Jahren preussischer Leutnant der Reserve, war nämlich bis zu seiner Wahl zum Reichstagsmitglied — Jude! Das Wesen mancher Juden muß also doch den Antiparlamentarischen im Inneren sehr sympathisch sein, daß sie nicht einmal auf den Gedanken kommen, nachzuforschen, ob der betreffende „Partei Freund“ einmal Jude war. Es genügt aber diese Sache an das Wort eines sehr weiseren Mannes, der einmal sagte: Wenn einer arg auf die Juden schimpft, habe ich immer den Verdacht, daß er jüdisches Blut in den Adern hat und dies durch Schimpfen zu bemänteln sucht. In unglücklichen Fällen hat sich meine Vermutung als richtig erwiesen!

Parlamentarisches.

Schutz der Arbeitswilligen.

Die konservative Fraktion des Reichstages hat zur zweiten Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern beantragt, die verbundenen Regierungen zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuches des Reichstages einen Gesetzentwurf über Abänderung der Reichsgewerbeordnung beziehungsweise des Reichsstrafgesetzbuches vorzulegen, durch den ein wirksamer Schutz der Arbeitswilligen gegen Hinderung an der Arbeit, gegen Verdröhung und Gewalttätigkeiten herbeigeführt und gesichert wird.

Heer und Flotte.

Erweiterung der Marine-Rüsten-Artillerie.

Die Marineverwaltung hat in den letzten Jahren trotz des Ausbaues der Umlinien- und Kreuzerflotte die Vervollständigung der Küstenbeschießungen mit Nachdruck gefördert. In Helgoland, Kuxhaven, Wilhelmshaven und Kiel nützte die Errichtung neuer oder die Verstärkung vorhandener Beschießungswerke zur Bildung von neuen Matrosen-Artillerie-Teilen, und so fand eine stätliche Personalvermehrung statt. Im Jahre 1908 hatten die Matrosen-Artillerie-Abteilungen eine Kopfstärke von 2735 Mann; in diesem Jahre wuchs der Personalbestand auf 3745 Mann. Das bedeutet im Laufe von vier Jahren eine Vermehrung um 1015 Mann. Die umfangreichen Beschießungsarbeiten auf Helgoland führten zur Fortmierung einer neuen, der 5. Matrosen-Artillerie-Abteilung auf jener Insel. Weiter mußten in Kuxhaven und Friedrichsort fünf Kompagnien, in Wilhelmshaven eine vierte Kompagnie formiert werden.

Die Küstenbeschießungen scheinen noch nicht zum Abschluß gekommen zu sein, so daß in Zukunft wohl noch mit weiteren Personalvermehrungen zu rechnen sein wird.

Hot- und Personalnachrichten.

Der Kaiser besuchte Freitag morgen den Reichs-Lanzier und nahm später im königlichen Schloß die Rapporte der Leibregimenter entgegen. Gegen zwölf Uhr bezog sich der Kaiser nach dem Ministerrat der öffentlichen Arbeiten, um dort einen Vortrag des Regierungsbeamten Tholens über „Die Wasserwirtschaft in Mesopotamien in der Vergangenheit und ihre Wiederbelebung in der Gegenwart“ zu hören und einer Einladung des Staatsministers v. Freilinsbach zur Frühstückstafel zu folgen.

Dr. Odensoverleihen. Dem Marinegeneralrat a. D. Dr. Richard Spiering zu Koburg, bisherigem Stationsarzt der Marineflotte der Nordsee, ist der königliche Kronenorden zweiter Klasse, dem Postdirektor Hermann Vertig zu Kamerun, dem Oberpostinspektoren Johannes Traub zu Aja und Ludwig Sparenberg zu Wilhelmshaven der königliche Kronenorden vierter Klasse verliehen worden.

Ausland.

Der englische Kiefernstreik

hat nun einer Londoner Meldung zufolge in vollem Umfang eingesetzt, nur wenige Gruben sind noch im Betrieb. England sieht sich einer Krise gegenüber, die ihrerseits in der Weltgeschichte nicht findet. Schon von Montag ab wird die Nahrung entzogen, beginnend; denn die Vorräte der Fabriken sind nur sehr gering, da die meisten nicht zu den hohen Preisen, welche die Kohle in den letzten Wochen erzielte, einkaufen mochten. Auch die Vorräte der Eisenbahnen sind so gering, daß einige bereits vom 4. März eine Beschränkung des Fahrplans anknüpfen. Es wird ein Nach nach dem anderen stehen bleiben, ein Fabrikator nach dem anderen muß schließen. Der Premierminister hat allerdings die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß die beiden Parteien sich heute noch einigen werden. Es wird auch gemeldet, die Regierung gehe mit dem Namen einer

Verstaatlichung von Kohlegruben

um, nämlich, eine Anzahl künstlich oder in Pacht zu übernehmen, um die Kohlenzufuhr für die Marine zu sichern. Natürlich würde die Regierung den Betrieb dann selbst übernehmen müssen. Ratselhaft würden die streikenden Arbeiter in englischen oder schottischen Distrikten sich diesem Unternehmen nicht widersetzen, aber wie es heißt, sollen dafür nur Gruben in Wales in Betracht kommen, und die Walliser Bergleute sind unüberwindlich in ihrer anarchischen Wut. Die Regierung erklärte im Parlamente, daß sie nur auf Verlangen der Direktoren Truppen mit der Aufrechterhaltung der Ordnung beantragen werde. Ehe der Streik zwölf Wochen alt ist, dürften alle Fabrikskräfte Englands um militärischen Schutz bedürfen.

Eine Anorache des Premierministers.

Premierminister Asquith hielt auf der Konferenz der Bergarbeiter eine Ansprache, in der er u. a. ausrief: Es habe sich gezeigt, daß die Forderung eines Lohnminimums für die Bergarbeiter in der Kohlenindustrie gerechtfertigt sei. Mit der Anerkennung dieses Prinzips sei sehr viel gewonnen. Wenn die Bergarbeiter ihre Zwecke erreichen wollten, und die Regierung wünsche selbst, daß sie ihre Zwecke erreichten, so müsse mit Bezug auf die bestimmten Sache ein vernünftiger Spielraum für die Diskussion bleiben. Wenn die Regierung die Verantwortung übernehmen sollte, so müsse sie in der Lage sein, über die Höhe der Sätze in den einzelnen Bezirken mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter zu verhandeln. Wenn das Prinzip der Minimallohn für das ganze Land nicht durch ein Übereinkommen festgesetzt werden könne, so

wenigen Mitteln durchgehen. Ein Komitee der Bergarbeiterverbände von Südwesten hat erklärt, daß der Streik vorläufiglich gegen Ende der nächsten Woche beendet sein wird und die Verhandlungen ein für die Bergarbeiter günstiges Resultat haben werden.

Donnerstag abend hatten von den 1 049 407 Kohlenbergwerkarbeitern, die es in England gibt, insgesamt 783 000 die Arbeit eingestellt. Diese Zahl verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Kohlengebiete: Südwales 190 000, Schottland 138 000, Yorkshire 130 000, Durham 112 000, Northumberland 70 000, Derbyshire 53 000, Nottingham 37 000, Lancashire und Cheshire 30 000, Nordwales 14 000, Cumberland 8 000, Somerset 1000. Zehntausend Grubenarbeiter in Warwickshire, die bisher noch nicht schlüssig waren, ob sie streiken wollten oder nicht, schienen jetzt geneigt zu sein, mitzutun, und werden vermutlich die Arbeit aufnehmen. Alle haben in durchaus ruhiger Weise die Arbeit niedergelegt. Unbetroffen werden die Gruben in betriebsfähigem Zustand gehalten, damit die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden kann, sobald eine Beilegung des Streites zustande gekommen sein wird.

Aus Bochum wird gemeldet: Ansehnlich des in Großbritannien ausgebrochenen Generalstreiks der Bergarbeiter erlitt der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter eine Erklärung, in der er die Mitglieder warnt, sich in eine Ausstausbewegung hineinziehen zu lassen.

Nach der Beschließung von Beirut.

Wie jetzt feststeht, drohte nach dem Bombardement allen Europäischen große Gefahr durch die Volkstum. Eine Katastrophe wurde durch die Energie der Regierung verhindert. Ueberdies war das Bombardement, obwohl es, wie hier anerkannt wird, rechtlich erlaubt war, doch sachlich unedelm, da die zerstörten Städte keine militärischen Wert besaßen. Die Verluste schweben sollen die angeordnete Ausweisung möglichst schnell durchzuführen. Die Verhängung des Belagerungszustandes hat die Gemüter beruhigt; die aus den Arsenalen gestohlenen Militärgegenstände sind abgeliefert worden. Nach der letzten Verlustliste beträgt die Zahl der beim Bombardement Getöteten 55 von der Schiffbesatzung und 35 von der Zivilbevölkerung; außerdem sind 10 Personen vom Pöbel ermordet worden. Der materielle Schaden beläuft sich auf etwa 100 000 M. und betrifft hauptsächlich das Zollhaus, die Ottomankasse und die Banque de Salonique.

Kasse und Umgebung.

Kasse a. G. 2 März

Aus der Laurentiuskirche.

Die Kosten für die Defensibelung in der Laurentiuskirche sind jetzt vollständig abgetragen worden. Man war dafür gänzlich auf freiwillige Gaben angewiesen. In verhältnismäßig kurzer Zeit ist die Summe von 1000 Mark vollständig geworden.

Als Aufgabe für die diesjährigen Kreislehrerkonferenzen im Reg.-Bez. Merseburg ist von der Kgl. Regierung bestimmt worden: „Der Weiterunterricht“ unter Benützung der Schrift „Denken und Tun“ von Dr. Max Lomend-Wilhelm 1911. Zugleich wird auf die Abhaltung von Vorträgen aus dem Bereich der Naturdenkmalpflege hingewiesen. Für diejenigen Konferenzen, auf denen noch nicht ein Vortrag über Weiterbau abgehalten worden ist, wird empfohlen, den Vorstand der Wertedienststelle frühzeitig um die Abhaltung eines solchen zu ersuchen.

Berlinerverein E. U. Halle a. S. Die diesjährige Generalversammlung findet Freitag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr im Grand Hotel Berge statt. Die Tagesordnung enthält u. a.: Propaganda pro 1912, Vorlegung des neuen Jahres 1912, Beschließung über die auf Sonntag, den 2. Juni 1912, nachmittags 3 Uhr auf der Saale stattfindende Lumen- und Gandel-fahrt. Im Anschluß hieran Sitzung des Gesamtschulusses.

Frankfurter Jünglingsverein an St. Ulrich (Leiter: Pastor Feintke). Sonnabend, den 2. d. M., Kriegsmarkt nach dem Weltersee, Treffpunkt: 8 1/2 Uhr Parabelplatz. Sonntag, den 3. d. M., abends 8 Uhr Versammlung mit Vortrag über „Neu-Kamerun“. Mittwoch, den 6. d. M., keine öffentliche Abhaltung. Der Kinderdienst von St. Ulrich steht für Sonntag, den 3. März, abends 1/2 Uhr in der Herberge zur Heimat, Maurerstraße 7, einen Elternabend vor. Alle Eltern und Freunde der Gabe sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei.

Kamerun-Tabak.

Wie uns die Firma Hermann Weisse, Zigarren-Import, hier, Teichstraße 8, mitteilt, traf heute die erste Sendung der schen Kamerun-Zigarren bei ihr ein. Von großem Interesse dürfte die dieser Gelegenheit folgendes sein:

Von der Deutschen Kolonialgesellschaft bzw. von Herrn E. U. Ottmeyer, Bremen, wurde ein Preis von 6000 M. für ein Mindestquantum von 100 Zentnern für auf einer Pflanzung in deutschen Kolonien gewachsenen Tabak, der in Bremen als brauchbares Rohmaterial anerkannt wird und am Bremer Markt eine ausreichenden Preis erzielt, um eine genügende Rentabilität für die dauernde Fortsetzung des Ausbaues zu versprechen, ausgesetzt. Herrn Käßke, einem Pflanzler in Flossing in Kamerun, ist es nun nach jahrelanger, unausgesetzten Bemühungen gelungen, im Oktober 1911 ein Quantum von 56 Ballen in Kamerun gewachsenen Tabak auf den Bremer Markt zu bringen, dessen Qualität in der deutschen Zigarrenfabrikation höchsten erzeuge und einen Preis erzielt, der die schon hochgepriesenen Erwartungen noch erheblich übertrifft. Da diese 56 Ballen im Gewicht nur ca. 80 Zentner, anstatt der geforderten 100 Zentner, ausmachten, wurde über diesen Mangel hinweggesehen, da die Qualität des Tabaks den höchsten Anforderungen in erhöhtem Maße entspricht, und dem Pflanzler der oben angeführte Preis zuerkannt. Seitens der deutschen Zigarrenindustrie sind nun von diesem Tabak Zigarren fabriziert; sie werden unter dem Namen „Handelsgold“ in den Preislisten von 80, 100, 120, 150, 200, 250 M. pro Rille in den Handel gebracht.

Die Kamerun-Zigarren haben einen schönen Brand, sie sind von hocheinem Aroma, das viel an Panama-Tabak erinnert, und kommen in ihren Gerben den Sumatra- und Borneo-Gewächsen gleich, die in ihren feinsten Sortierungen teilweise überlegen werden. Der Beweis ist geliefert, daß in unseren deutschen Kolonien das edelste Tabakprodukt gezogen werden kann. Dieser hocherfreuliche Erfolg bedeutet im Interesse der deutschen Kolonialpolitik einen wichtigen Schritt vorwärts. Der Tabakbau in unseren Kolonien kann hierdurch einer schönen Zukunft entgegengefahren, und

es wird auch dem deutschen Tabakhandel ein Weg gebahnt, der ihn von der ausländischen Konkurrenz unabhängig macht.

Damit wäre Deutschland dann nicht mehr genötigt, für diesen einen Artikel jährlich über 100 Millionen Mark an das Ausland zu zahlen.

## Provinzialnachrichten.

### Eisenvermählung.

Schaffstädt, 27. Febr. Seitens des Stadterordneten Beyer wurde in der Stadterordnetenversammlung entgegen dem Magistratsantrag, wonach im nächsten Etatsjahr die Eisenvermählung um 10 Prozent erniedrigt, also auf 100 bzw. 220 Prozent herabgesetzt werden sollen, beantragt, die Eisenvermählung nach zehn Prozent mehr herabzusetzen, also nur 150 Prozent zu erheben. Doch wurde dieser Antrag mit 6 gegen 3 Stimmen abgelehnt und hierauf der Etat der hies. Kammereinfälle, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 84 966 Mark abschließt, genehmigt.

### Neue Kalkulationszonen.

Bernburg, 1. März. Eine wichtige Entscheidung wurde in der gestrigen Sitzung des Kreisverwaltungsgerichts für den Kreis Bernburg gefällt. Es ist beschlossen worden, unter Abweisung aller Einprüche der Gewerkschaft Überbleibsel sowohl der Gewerkschaft Gröna und der Gewerkschaft „Bernburger Kalkwerke“ die Konzeption zur Anlage der projektierten Chortalschiffahrts bei Überbleibsel und Bernburg zu erteilen.

Den letztgenannten beiden Gewerkschaften ist jedoch die Bedingung auferlegt, den Betrieb auf die Bearbeitung von 2500 Doppelpenneter Rohwolle wertmäßig einzuschränken, sobald die Wasserführung der Sohle unter den gewöhnlichen normalen Stand von 40 Sek.-Koh. bei Bernburg benachteiligt und ferner, daß die Ableitung der Emlaugen in die Sohle zu unterbleiben hat, sobald das Sauerwasser 35 Härtegrade erreicht.

Osternberg, 29. Febr. (Gegen den Alkoholgebrauch) laut einer Bekanntmachung der hiesigen Polizeiverwaltung darf von jetzt ab an Personen unter 16 Jahren kein Branntwein mehr in Geschäften, Konsumvereinen oder Gastwirtschaften (selbst nicht in Klubs) verabreicht werden. Für jeden eingekauften Gall ist eine Strafe von 30 Mark festgesetzt worden.

Wittenberg, 29. Febr. (500jährige Erinnerungsfeste). Die hiesige Schillinggilde kann in diesem Jahre auf ein 500jähriges Bestehen zurückblicken. Im Juli wird die Festlichkeit unter reger Beteiligung der Bürgerchaft abgehalten werden. Diese historische Erinnerungsfeste dürfte nicht nur lokale Kreise der Stadt interessieren, sondern auch in weiten Kreisen der Provinz lebhaft Beachtung finden, da auch Götze aus den alten Geschichtsbüchern erwartet werden, die in alten Beziehungen zu der Schillinggilde standen.

Meuselwitz, 1. März. (Von Porzellanarbeitern ausständig). Gestern früh wurde ein Arbeitsunfall vor der Fabrik überfallen, zu Boden gemorren und verprügelt. Trotzdem die Leitung des Streiks fortgesetzt zur Ruhe ermahnt, gibt es doch Elemente, die bezerrigte Taten nicht unterlassen können.

Gera, 1. März. (Reiches Vermächtnis). Die verlorbene Witwe des Justizrates Müller in Gera hat ihre Hinterlassenschaft von insgesamt 700 000 Mark hauptsächlich zu Wohltätigkeitszwecken bestimmt.

Deffau, 1. März. (Verurteilung eines Geistlichen). Der evangelische Pfarrer Schulz-Krupp wurde vom hiesigen Schwurgericht wegen Amtsunterschlagung, Urkundenfälschung und Betrages in 50 Fällen zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Georgenthal, 29. Febr. (Ausgrabungen). Die Ausgrabungsarbeiten auf dem Klostergrundstück von Georgenthal werden fortgesetzt, nachdem der Landesherr dazu einen größeren Betrag angewiesen hat.

Großhain, 29. Febr. (Vergiftung). Zwei Schulfrauen aus dem benachbarten Raundorf hatten im Adernmühlgraben angelegte Wurzeln ausgegraben und davon gegessen. Jedemfalls ist dabei der giftige Wasserfenchel gewesen, denn sofort nach dem Genuß traten sich bei den beiden Knaben Übelkeit und Erbrechen ein. Der 13jährige Knabe Wöhlich ist jetzt an der Vergiftung gestorben. Auch der andere Knabe befindet sich in Lebensgefahr.

Dresden, 29. Febr. (Selbstmord aus Eramenizucht). Hier hat sich aus Jurdorf vor dem Aufsehermann der 25jährige Arbeiter Dr. Keller Sch. durch einen Revolvererschuß getötet. Vorher hatte er auch noch den Gasofen geöffnet.

### Odensverleihen.

Dem Kirchenältesten, Alfischer Gottlieb Richter zu Stumsdorf im Kreise Bitterfeld wurde das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

## Kunst und Wissenschaft.

Prof. Heinrich Millen 4. Der Prof. der alten Geschichte Genratr Heinrich Millen in Bonn ist im Alter von zweiundzwanzig Jahren nach kurzer Krankheit gestorben. Er war fünfzigjähriger Vertreter der Universität Bonn im preussischen Herrenhaus.

Die Gründung der Universität Frankfurt a. M. wird Ostern 1914 erfolgen. Zwischen dem Kultusministerium und den Frankfurter städtischen Behörden sind nunmehr die Bedingungen festgestellt und die Verträge gerichtet. Die neue Universität wird fünf Fakultäten aufweisen, und zwar eine juristische, eine medizinische, eine naturwissenschaftliche, eine sozialwissenschaftliche und eine naturwissenschaftliche. Die Frankfurter Universität wird also die einzige Hochschule Deutschlands ohne theologische Fakultät sein.

Hans Keller hat die Herausgeberchaft des „Grafensterns“ niedergelegt und will demnächst eine neue Zeitschrift gründen, die n. a. Kellers neuen Roman „Die Insel der Einsamen“ enthalten soll.

## Cheater und Musik.

### Eine Ibsensche Fortsetzung der „Nora“?

Unter Ibsens nachgelassenen Papieren soll sich der vollständige Plan einer Weiterführung seiner „Nora“ vorfinden haben. Es handelt sich in dramatischer Form die Frage, wie weit das Schicksal der Mutter mit dem ihrer Kinder verknüpft sein darf und ob sie das Recht hat, eine individuelle Existenz weiterzuführen. Der norwegische Dichter Arvid Nansen hat

nun die Arbeit Ibsens zu Ende geführt und ein Drama geschaffen, das bald auf der Bühne erscheinen wird.

### Bühnendronik.

Das Lustspiel „Heiligenwald“ von Alfred Palm und Robert Sanber, das seiner 50. Aufführung am Neuen Schauspielhaus in Berlin entgegengeht, wird in dieser Saison an 59 deutschen Bühnen gespielt werden. Das Stück ist ins Englische, Ungarische und Tschechische überföhrt worden und wird in der kommenden Saison auch in Budapest und Stockholm in Szene gehen.

Koda und Gustav Meyrink haben soeben ein dreitägiges Lustspiel vollendet: „Die Slavina aus Rhodus“. Es ist die Ausgestaltung einer antiken Komödie des Publilius Terentius bzw. des Griechen Menander. Das Recht der Aufführung besitzt F. Fehlers Verlag, Berlin.

Am Groß. Hoftheater in Weimar kommt „Der Ring des Nibelungen“ in diesem Jahre in der Zeit vom 16. bis zum 20. März zur Aufführung, und zwar Sonnabend, 16. März: „Das Rheingold“, Dienstag, 19. März: „Die Walküre“, Sonnabend, 23. März: „Siegfried“, Dienstag, 26. März: „Götterdämmerung“. Der Welterfolg hat für diese vier Vorstellungen findet alsbald statt. Bis zum 8. März werden aber nur Karten für den ganzen „Ring“ verkauft, während Karten für einzelne Teile des „Ringes“ erst am 9. März ab käuflich sind. Eine Wiederholung ist nicht in Aussicht genommen.

„Die Händlinge“ von André Brijan wurden bei der Uraufführung in der Komischen Oper in Paris günstig aufgenommen. Es ist ein anspruchsvolles Werk in der Art der „Cavalleria rusticana“ oder der „Rosaströme“ von Massenet.

## Vermischtes.

### Wer raucht die teuersten Zigarren?

Die Köln. Zig. schreibt: Mancher Leser wird auf die Frage, wer wohl die teuersten Zigarren rauche, natürlich rasch mit einer Antwort bei der Hand sein: Der amerikanische Dollar-Milliardier. Wer diesmal hat er sich gründlich verlesen und verlesen, denn die Nikotinigenheiten gehen am zahlreichsten in dem Lande des Ufermeters und des Pfälzer Tabaks, und auch da wieder ist ihr Vorkommen an eine ganz bestimmte Dertlichkeit gebunden, an den Sitz der hohen Ruperto-Carolina, an Heidelberg. Für diese Tatsache vertritt sich wohlgenugs Herr B. F. Alexander, ein Zigarrenhändler aus Havana, der dieser Tage einem Ausrufer des „Blattes „Republik“ in St. Louis erzählte, daß die Nachfrage nach kubanischen Fünfpföndler-Zigarren gar nicht mehr befriedigt werden könne, weil die Heidelberger Studenten anscheinend nicht genug davon bekommen können. Heidelberg besitze mehr von diesen halbmeterlangen Gimmigengeln als irgendein anderer Platz der Welt. Es ist ihm erzählt worden, daß die Heidelberger bemosten Häupter diese Zigarren nicht nur auf dem allbestanten Wege opfern lassen, sondern jameilen in eine orientalische Wasserperle, zu deutsch: Margie, stoßen und sie dann von Hand zu Hand, oder besser von Mund zu Mund gehen lassen, sie also mit vereinten Kräften einem ganz ordinären Schwarzen-Reiter-Wippentanz-Lob entgegenführen. Mit der anscheinend unheimlichen Verlängerung des Heidelberg Studentenscheitels ist offenbar auch eine Verwilderung der Rauchsitten eingetreten, die fast an römische Verfallszeiten erinnert. Eine Nation, die Zwangsmarke-Zigarren aus der Pfeife raucht, ist dem Untergange geweiht. Hoffen wir, daß die „Stadt an Ehren reich“ in der Lage ist, sich der ihr zugebenden Knospehre wirksam zu erwehren.

105 Jahre alt gestorben. Der älteste Mann der Provinz Posen, der Schuhmacher Zadorowski in Samotisch in ist im Alter von 105 Jahren gestorben. Er freute sich bis in die letzte Zeit einer ausgezeichneten Gesundheit.

Große Goldfeder im Amalgam. Aus Nikolajew (Amur) medelt ein Telegramm: Im Gebiete des Amurs, eines kleinen Zuflusses des Amurs, sind von Goldsuchern Goldfedern entdeckt worden. Die anfangs von ungefähr 300 Russen, Chinesen und Koreanern geheim ausgebeutet wurden. Jetzt werden von drei Goldsuchergruppen verschiedener Gesellschaften neue Fundorte gemeldet, ebenso sind auf dem rechten Ufer des Unterlaufes des Amurs viele Fundorte von Gold entdeckt worden. Die Feder sind an eine Gesellschaft in Ochosk und an eine englische Gesellschaft verpachtet worden.

### Sport-Nachrichten.

### Das zweite Dresdener Sechs-Tage-Rennen.

Dresden, 28. Febr. Heute abend 11 Uhr nahm das zweite Dresdener Sechs-Tage-Rennen seinen Anfang. Nachdem die Fahrer ihre Vorstellungsrunden gefahren hatten und gemeinschaftlich fotografiert worden waren, begann mit dem Glöden-schlag 11 das Rennen, an dem zehn Paare teilnahmen, die sich folgendermaßen zusammensetzten: Lorenz-Salchow, Bou-lain-Miquel, Trend-Söhner, Ludwig-Kreisel, de Marz-Estabe, Köhlig-Gräf, Marz-Hinn, Rubel-Pante, Rosenlöcher-Teckmer und Reumer-Grafmann. Zunächst führen die Erfahrfahrer, von denen der Mittsteiger im ersten Dresdener Sechs-Tage-Rennen, Salchow, die Spitze nahm. In der ersten Zeit war das Rennen außerordentlich hart und die Führerschaft wechselte häufig. Salchow gab sie an Pante ab, dieser wieder an Miquel und so fort, bis dann nach der ersten Bestehensrunde Salchow von Lorenz abgelöst wurde und dieser in bemerkenswerter Fahrt die Führung übernahm. Auch die Hauptfahrer traten nunmehr in Aktion. Es schloß andauernd nicht an heftigen Vorläufen, so daß das Publikum den Kämpfen mit lebhaftem Interesse folgte. Musikpfeifen folgten daneben andauernd für die nötige Unterhaltung.

Dresden, 29. Febr. Im zweiten Dresdener Sechs-Tage-Rennen wurden bis Donnerstag vormittag 11 Uhr insgesamt 386,330 Kilometer zurückgelegt. In der letzten Stunde führte Ludwig-Söthenheim und zog sich eine Pfeißverletzung an der Wade zu, die genäht werden mußte.

Donnerstag nachmittag 5 Uhr hatten die Fahrer bereits 18 Stunden hinter sich und während dieser Zeit 574,210 Kilometer zurückgelegt. Das ist ein flottes Tempo, da etwa 372 Kilometer auf die Stunde entfallen. An der Spitze liegen nicht weniger als sieben Paare.

Dresden, 29. Febr. Im Sechs-Tage-Rennen machten Lorenz-Salchow im Verlauf des Nachmittags heftige Vorläufe und nötigten dadurch Rosenlöcher zum Aufgeben. Teckmer und Grafmann bildeten eine neue Mannschaft, Reumer hält sich als Erfahrfahrer bereit. Grafmann-Teckmer liegen eine Runde zurück, Marz-Hinn 2 Runden, Köhlig-Gräf 2 Runden zurück. Am Abend

führen die Fahrer ziemlich lau. Nach Schluß der 24. Stunde sind 770,155 Kilometer zurückgelegt. Das Stundentempo beträgt demnach 32 Kilometer. In der kommenden Nacht sind wieder heftige Kämpfe zu erwarten.

## Letzte Nachrichten.

### Der Riesenstreik der englischen Bergarbeiter.

London, 1. März. In den Wandelgängen der Kammer ist die allgemeine Ueberzeugung, daß der Ausstand, wenn er auch nicht vermeiden werden konnte, auf alle Fälle von kurzer Dauer sein würde. Es verlautet, daß nächsten Montag, falls keine Verständigung zustande kommt, der Ministerpräsident einen Gesetzentwurf über die Einföhrung des Mindestlohnes einbringen werde. Andererseits heißt es, die Regierung frage sich mit der Aussicht, einen Teil der Gruben in staatliche Verwaltung zu übernehmen, und zwar kämen hauptsächlich diejenigen Gruben in Betracht, deren Befehl sich weigern sollten, den Minimallohn einzuföhren. Man glaubt, daß ein solcher Gesetzentwurf auch im Unterhaus günstige Aufnahme finden würde.

### Die englischen Grubendirektoren im Auswärtigen Amt.

London, 1. März. Mehrere Mitglieder des Verbandes der Grubendirektoren fanden sich heute vormittag im Auswärtigen Amt ein und hatten neue Vorschläge an den Ministerpräsidenten. In Glasgow macht sich der westliche Kohlenmangel fühlbar. Mehr als 50 Dampfer sind wegen Kohlenmangels lahmgelegt.

### Die Stellung der Arbeiter.

London, 1. März. Die heute hier abgehaltene Versammlung des Bergarbeiterverbandes hat einstimmig beschlossen, die Frage eines individuellen Mindestlohnes dem Ausschuß zu übertragen und ihn zu ermächtigen, die Verhandlungen fortzusetzen, und wenn nötig, eine Konferenz einzuberufen.

### Die Arbeiter bei dem Minister.

London, 1. März. Nach der Verammlung der Abgeordneten des Bergarbeiterverbandes begab sich der Vorstand in das auswärtige Amt, um mit dem Ministerpräsidenten zu konferieren.

### Die Verhinderung der Verhandlungen.

London, 1. März. Alle Verhandlungen zwischen den Grubendirektoren, den Bergarbeitern und der Regierung sind auf nächste Woche verschoben worden.

### Keine Mehrbeförderung westfälischer Kohle.

Hamburg, 1. März. Die Eisenbahnverwaltung hat den Hamburger Kohleninteressenten unter Hinweis auf den englischen Kohlenarbeiterstreik mitgeteilt, daß sie es absehen müßte, über den gemündlichen Rahmen hinausgehende Mengen westfälischer Kohle auf dem Bahnhweg nach Hamburg zu befördern.

### Der Wahlprotest in Berlin I.

Die „Freisinnige Zeitung“ medelt: Zum Wahlprotest im ersten Berliner Reichstagswahlkreis ist von freisinniger Seite ein Gegenprotest eingereicht worden, der die Behauptungen des sozialdemokratischen Protestes entkräftet und als falsch nachweist.

### Die türkische Presse zur Vermittlungskaktion.

Konstantinopel, 1. März. Die Blätter widmen der Vermittlungskaktion der Mächte in Marzen Lönen gefasste Kommentare und sind im allgemeinen darin einig, daß die Türkei eine Intervention unter den jetzigen Umständen auf keinen Fall annehmen dürfe. „Tanin“ ist der Ansicht, daß die türkische Regierung energisch alle Vorschläge ablehnen müßte, die auf der Grundlage der Annexion von Tripolitanien und Cyrenaica durch Italien beruhen. Das Blatt „Jeune Tur“ erklärt, daß die Aufgabe von Tripolitanien seitens der türkischen Regierung eine allgemeine Revolution nach sich ziehen, einen Bürgerkrieg heraufbeschwören und ernste Komplikationen verursachen würde.

### Keine Einigung im Rudolfstädter Landtag.

Rudolfstadt, 1. März. Da zwischen der Regierung und dem Landtag eine Verständigung über das Wahlrecht nicht zu erzielen ist, rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit, daß in der nächsten Sitzung die Auflösung des Landtags erfolgen werde.

### Wahnsinnstater einer Mutter.

Essen, 1. März. Als der Bergarbeiter Stand in Eickeln mittags von der Schicht nach Hause kam, fand er seine Frau erschüttert und seine beiden ältesten Kinder erwürgt. Das fünf Jahre alte Töchterchen lag todt im Bett zwischen den toten Geschwister. Es handelt sich um die Wahnsinnstater einer seit Jahren kranken Frau.

### Das Attentat am Pariser Westbahnhof.

Paris, 1. März. Die Nachforschungen nach dem Urheber des Attentats in der Nähe des Westbahnhofs werden von kriminalistischen eifrig fortgesetzt. Bisher sind der Polizei keine neuen Informationen über das Verbrechen zugegangen. Man stellt in Erwägung, daß gestern eine Verhaftung in dieser Angelegenheit erfolgt sei.



Main table containing financial data, stock prices, and exchange rates. Includes sections for 'Deutsche Staats-Pap.', 'Deutsche Pfandbriefe', 'Deutsche Hypoth.-P.', 'Bank-Aktion', 'Berliner Brauereien', and 'Industrie-Aktion'.